

1. Die deutsche Zivilverwaltung in Kongresspolen von den Anfängen im Januar 1915 bis zur Errichtung des Generalgouvernements im August 1915

1.1. Deutsche Ziele in Kongresspolen zu Kriegsbeginn

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges wurde in Osteuropa das 1815 auf dem Wiener Kongress und bereits durch die vorangegangenen polnischen Teilungen etablierte politische Verhältnis besonders zwischen den Großmächten Russland, Österreich, Ungarn und Preußen/Deutschland zerstört. Zum aktuellen Gegenstand internationaler Politik wurde die Frage nach einer Wiedererrichtung eines polnischen Staates, zu der die drei Teilungsmächte Polens im Verlauf dieses Krieges Position beziehen mussten. Denn angesichts der militärischen Auseinandersetzungen galt es, die öffentliche Meinung im russischen Kongresspolen für deutsche Interessen zu gewinnen und auch auf diese Weise den Gegner zu schwächen. Zugleich sollte dieser politische Vorteil mit dem ökonomischen verbunden werden. Denn über Agrarressourcen hinaus bot das Land in Oberschlesien den strategischen Rohstoff Steinkohle und moderne Textilindustrie mit den Produktionszentren Lodz und Czenstochau¹.

Das deutsche Kaiserreich wies im August 1914 jedoch keine schlüssige Konzeption für ein zukünftiges Polen auf. Somit waren auch für eine Kooperation mit der Bevölkerung Kongresspolens keine Planungen vorhanden. Eine Kooperation schien aber nur möglich, wenn erstens die in der polnischen Provinz Posen während der vergangenen Jahrzehnte verfolgte Politik aufgegeben würde, deren Konturen die deutsche Ansiedlungspolitik mit dem Enteignungsgesetz von 1908 scharf markiert hatte². Dies setzte aber zweitens voraus, Bismarcks Leitgedanken aufzugeben, die Entwicklung einer polnischen Staatsidee bereits im Keime zu ersticken³. Eine Revision der beiden Prämissen hätte jedoch einen weitreichenden Eingriff in die bisherige Polenpolitik bedeutet. Da in Berlin jedoch kein Politiker bereit war, weder auf Kosten politischer Zugeständnisse gegenüber der Bevölkerung Posens noch um den Preis einer klaren Definition eines künftigen Staats Polen die polnische Bevölkerung für deutsche Kriegsziele zu gewinnen, blieb die gewählte Strategie einer Quadratur des Kreises.

Zudem wurden unterschiedliche Kriegsziele verfolgt. Hatten im August 1914 der Kaiser sowie die OHL weitreichende Annexionen im Osten gefordert⁴, so dämpfte

¹ Die Einnahmen, die Russland aus Kongresspolen bezogen, beliefen sich im Jahre 1911 auf 228.360.000 Rubel, was bei den Ausgaben – 124.500.000 Rubel – einen Überschuss von rund 104.000.000 Rubel ausmachte. Vgl. Otto Kessler *Das deutsche Polen*, S. 83. Die Roheisenförderung Polens betrug 1913 426.022 Tonnen, die Kohlenförderung 6,32 Mio. Tonnen.

² Zur preußischen Ansiedlungspolitik vgl. Witold Jakóbczyk *Pruska komisja osadnicza 1886-1919*; Sabine Grabowski *Deutscher und polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straß 1894-1914*.

³ Vgl. Walther Recke *Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik*, S. 242.

⁴ Vgl. Fritz Fischer *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914*.

der Reichskanzler Bethmann Hollweg mit seinem Septemberprogramm diese Ansprüche. Sein wirtschaftliches Programm steckte den Rahmen für eine mitteleuropäische Zollunion ab, die Polen einbezog⁵. Doch infolge mangelnder Stringenz ließ bereits dieses mitteleuropäische Projekt zwei Varianten einer polnischen Partizipation zu. Denn in dieser Zollunion sollte Polen entweder als ein mit Deutschland verbundener Juniorstaat oder als ein Österreich-Ungarn einzugliederndes drittes Mitglied der Donaumonarchie berücksichtigt werden. Wie halbherzig allerdings sowohl die polnisch-deutsche als auch die polnisch-österreichische Lösung verfolgt worden sind⁶, belegt die zeitweilige Zurückstellung beider Varianten zugunsten einer dritten Option: der Beibehaltung Polens als Faustpfand bei Verhandlungen über einen Separatfrieden mit Russland⁷.

Diese konfuse Planung der Polenfrage zog eine Kette von inkohärenten Handlungen auf dem Kriegsschauplatz nach sich. Als am 31. Juli 1914, am Vorabend der Kriegserklärung, der deutsche Kaiser Wilhelm II. Graf von Hutten-Czapski⁸ empfing, stand er ihm zwar: »Es ist mein Entschluss, falls Gott unseren Heeren den Sieg verleiht, einen selbstständigen polnischen Staat wiederherzustellen, mit welchem im Bunde Deutschland für immer gegen Russland gesichert sein würde«⁹. Doch lässt sich die Frage, ob der mächtigste Mann auf dem europäischen Kontinent seinen Blick weit voraus auf Ruhm und Unsterblichkeit bei den Polen richtete, oder ob er, vom Eindruck des unaufhaltsamen Bruchs mit Russland gebannt, seinen Emotionen freien Lauf ließ, nur vage beantworten. Vermutlich traf beides zu. Denn der Kaiser bat telegraphisch zunächst den Papst, den in Posen hochgeschätzten Prälaten Likowski zum Erzbischof von Gnesen-Posen zu ernennen¹⁰. Die Wiederbesetzung dieses seit 1906 verwaisten Bistums ist zumindest als Ausdruck eines kaiserlichen Entgegenkommens gegenüber der polnischen Bevölkerung Posens zu bewerten. Darüber hinaus brachte der Kaiser seine Absicht, einen polnischen Staat zu gründen,

⁵ Vgl. Georges-Henri Soutou *Die Kriegsziele des Deutschen Reiches*, S. 29. Vgl. auch: Parlamentsrede von Fürst Heinrich Schönaich-Carolath, gehalten am 14. Mai 1914: »Was könnten wir von Russland fordern? Vielleicht Warschau und die Polen? Die haben wir genug [in der Provinz Posen]«. In: *Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte*, Bd. 295, S. 8853. Heinrich von Schönaich-Carolath (1852-1920), 1881-1918 Abgeordneter des deutschen Reichstages, wo er der liberal-konservativen Gruppe angehörte.

⁶ Die österreichische Regierung war entschlossen vom ersten Tag des Krieges Russisch-Polen der Donaumonarchie anzugliedern. Sie wollte Deutschland von dem »Bissen abschrecken, den sie selbst schlucken wollte«. Kries 1, S. 21ff, in: BA Koblenz, Nr. 710-3. Diese Sachlage erklärt, warum die Reichsleitung halbherzig an die Wiedererrichtung der polnischen Staatlichkeit heranging und warum gleichzeitig die Vorbereitungen für die Errichtung der provisorischen Verwaltung in den besetzten Gebieten gestartet wurden.

⁷ Vgl. Georges-Henri Soutou *Die Kriegsziele des Deutschen Reiches*, S. 31.

⁸ Graf von Hutten-Czapski, der die Geschicke des Generalgouvernement im wesentlichen Maße gestaltete, genoss den Vorzug, jede Zeit den Zugang zum Kaiser zu haben und mit ihm sowie mit den höchsten Stellen im Kaiserreich direkt, mit Umgehung aller Zwischeninstanzen, korrespondieren zu dürfen.

⁹ Hutten-Czapski *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, Bd. 2, S. 145.

¹⁰ Edward Likowski (1836-1915), 1914-1915 Erzbischof von Gnesen-Posen, zur Ernennung Likowskis vgl. Kapitel 8.1.